

Bundeskonzferenz des Bündnisses DaF/DaZ-Lehrkräfte

WANN: Samstag 9.11.2019, 11-18 Uhr

WO: Kath. Kirchengemeinde Mannheim, Pfarrei Maria Hilf, August-Bebel-Str. 3, 68199 Mannheim

Provisorisches Programm: - Berichte aus den Lokalgruppen und aus den einzelnen AGs; - Zukunft des Bündnisses: Verhältnis Kreidefresser – DaF/DaZ-Bündnis; Sprecherwahl; - Teilnahme an der FaDaF-Tagung, 26.-28. März 2020 in Marburg; - Nachfolger/in für Katrin Meyn in der Bewertungskommission; - Petition: Wann soll sie geschlossen und an wen soll sie übergeben werden?

In der Pause ist fürs Essen gesorgt.

Die Teilnahme mind. einer Person in Vertretung jeder lokalen Gruppe ist erwünscht.

Anmeldefrist: 31. Okt., unter der E-Mail-Adresse: Lioba-Geier@web.de

„Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten erneuern“

Die Länderregierungen von Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen haben am 20.9.19 in den Bundesrat den Antrag „Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten erneuern“ eingebracht, um die Bundesregierung aufzufordern, das Deutschkursangebot des Bundes auszubauen.

Im Antrag wird gefordert:

- Integrationskurse sollten für alle geflüchteten Menschen geöffnet werden.
- Für Teilnehmende ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung sollte eine grundsätzliche Anhebung der Stundenzahl der Integrationskurse auf 900 Unterrichtsstunden erfolgen.
- Stärkere Flexibilisierung und weitere Modularisierung der Kurse.
- Die Mindestteilnehmerzahl in den allgemeinen Integrationskursen sollte auf 10 und die Höchstteilnehmerzahl auf 22 reduziert werden.
- Verbindliche Zwischentests, obligatorische Feedback-Gespräche sowie flexibel einsetzbare Auffangmodule sollten innerhalb der Integrationskurse eingeführt werden.

Leider werden die Arbeitsbedingungen und die Honorare der Dozent*innen im Antrag nicht erwähnt.

Fachgespräch der Grünen Bundestagsfraktion über die **Rente für Selbstständige**

Die Grüne Bundestagsfraktion veranstaltete am 25.09.2019 in Berlin ein Fachgespräch über Selbstständigkeit und Altersvorsorge, das mit einem Redebeitrag von Markus Kurth, rentenpolitischem Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, eröffnet wurde. Seiner Auffassung nach bewegen wir uns im Spannungsfeld zwischen dem Wunsch vieler Selbstständiger nach Autonomie und dem Bedürfnis anderer Selbstständiger nach gesetzlichem Schutz. Der erste Block der Veranstaltung trug den Titel "Die Weiterentwicklung des Statusfeststellungsverfahrens" und der zweite "Auftraggeberbeteiligung an den Sozialversicherungsbeiträgen", und sie wurden von einem Beitrag jeweils von Prof. Karl-Jürgen Bieback und von Prof. Uwe Fachinger eingeleitet.

Markus Kurth erklärte bei der Veranstaltung, dass die Auftraggeber*innen von Kursen auf Honorarbasis sowie die Betreiber*innen von Plattformen ihren Pflichten nicht nachkämen und dass es sinnvoll wäre, wenn die Betroffenen damit anfangen könnten, ihre Beiträge in die DRV einzuzahlen ohne Nachzahlungen befürchten zu müssen.

Einige Selbstständige, wie die Honorarlehrkräfte, fordern seit Jahren, dass sich die Auftraggeber*innen an den Sozialversicherungsbeiträgen beteiligen. Auch die anwesenden grünen Abgeordneten sehen diesen Vorschlag positiv.

Gespräch des Bündnisses mit drei CDU-Abgeordneten

Am 13. September trafen sich drei Vertreter*innen des Bündnisses DaF/DaZ-Lehrkräfte zu einem Gespräch mit drei CDU-Abgeordneten: Dr. Astrid Mannes (Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung), Nina Warken (Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Stephan Albani (Berichtersteller für berufliche Bildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion).

Themen waren die Probleme der Weiter- und Erwachsenenbildung und vor allem die prekäre Lage der Lehrkräfte in den BAMF-Kursen. Dabei wurde u.a. folgendes fokussiert: Erhöhung des Mindesthonorars sowie der Trägerpauschale; Mindeststandards für Festangestellte, um Verträge mit 40 Unterrichtseinheiten pro Woche zu verhindern; Urlaubsentgelt und Qualifikation der Lehrkräfte.

Hinsichtlich der Weiter- und Erwachsenenbildung wurde vor allem die nun schon Jahrzehnte dauernde Unterfinanzierung und Vernachlässigung dieses Bildungsbereichs kritisiert.